

# Schönburger Tageblatt

## und Waldenburger Anzeiger.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.  
Annahme von Inseraten für die nächstfolgende Nummer bis Vormittags 11 Uhr.  
Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 1 Mk. 60 Pf., monatlich 55 Pf.  
Einzeln Nr. 10 Pf. Inserate pro Zeile 10 Pf., für auswärts 15 Pf.

Fillialen: in Altstadtwaldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Strumpfweber Fr. Herrn Richter; in Kaufungen bei Herrn Fr. Janaschel; in Langenschürsdorf bei Herrn H. Stiegler; in Penig bei Herrn Wilhelm Dabler; in Wolkensdorf bei Herrn Herrn Wittenhain; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirsten.

**Verantwortlicher Hr. 9. Amtsblatt für das Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Waldenburg.**  
Augsleich weit verbreitet in den Städten **Penig, Lungenau, Pichtenstein-Callenberg** und in den Ortspfanden der nachstehenden Standesamtsbezirke:  
**Altstadtwaldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Ehrenhain, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenschürsdorf, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Delsnitz i. E., Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolkensdorf und Ziegelheim.**

N<sup>o</sup> 15.

Sonntag, den 19. Januar

1908.

**Witterungsbericht, aufgenommen am 18. Januar, Nachm. 3 Uhr.**  
Barometerstand 769 mm reduziert auf den Meerespiegel. Thermometerstand + 8° C. (Morgens 8 Uhr + 3,5° C. Tiefste Nachttemperatur + 3,5° C.) Feuchtigkeit der Luft nach Lambrechts Polymeter 64%. Taupunkt + 1,5° C. Windrichtung: Südwest. Niederschlagsmenge in den letzten 24 Stunden bis früh 7 Uhr: 2,5 mm  
Hoher Witterungsbericht für den 19. Januar: Halb bis ganz heiter.

### Bekanntmachung.

Es wird hiermit erneut auf die im Reichsgesetzblatt erscheinende Bekanntmachung über Vorschriften, betreffend Betriebe, in denen Maler-, Anstreicher-, Tüncher-,

Weißbinder- oder Lackierarbeiten ausgeführt werden, vom 27. Juni 1905 hingewiesen. Die Bestimmungen finden sich im Rathaus am schwarzen Brett angehängt.  
Waldenburg, am 13. Januar 1908.  
Der Stadtrat. **Kretschmer, Bürgermeister.** R.

Waldenburg, 18. Januar 1908.

Auf dem Geldmarkt regen sich leise Hoffnungen. Das Geld fängt an wieder flüssiger zu werden, der Diskontsatz ist um 1 Prozent ermäßigt worden, die Börse schöpft wieder neuen Lebensmut und nimmt einige Anläufe zu höheren Kursnotierungen. Noch beim Jahresabschluss herrschte große Geldknappheit, und der Ausweis der Reichsbank eröffnete trübe Ausichten. Jetzt haben die im Januar fälligen Zinszahlungen wieder manchen stillstehenden Betrag, der Verwendung sucht, in den Verkehr gebracht. Außerdem wagen sich wohl auch wieder namhafte Summen hervor, die in Erwartung noch größeren Geldbedarfes zurückgehalten worden waren, nun aber, da diese Erwartung nicht zutrifft, nicht länger müßig bleiben sollen. So ist auf der ganzen Linie, außer in Deutschland auch in England, Frankreich und Oesterreich, eine durch Ermäßigung des Zinsfußes gekennzeichnete Erleichterung des Geldstands wahrzunehmen.

Ob es dabei bleibt, ob die Frühjahrs Hoffnungen, die sich da in der Finanzwelt jogleich wieder hervorwagen, nicht durch einen rauhen Nachwinter jäh vernichtet werden, das wird einstweilen noch abzuwarten sein. Allzu rosig sieht die Lage noch immer nicht aus. Denn schon strecken sich begehrliche Arme allenthalben aus, um das eben wieder auf dem offenen Markte erscheinende Kapital jogleich an sich zu ziehen. Neben der preussischen Anleihe, die ja allerdings zunächst den Geldmarkt nicht erheblich beeinflussen wird, weil die gezeichneten Beträge erst später vom Staat verwendet werden sollen, haben Hamburg, Württemberg und Baden Anleihen im Gesamtbetrage von 124 Millionen Mk. aufgenommen. Die Stadt Wien beabsichtigt die Aufnahme einer Anleihe von 360 Mil. Kronen. Das Deutsche Reich wird in diesem Frühjahr gleichfalls wieder mit größerem Geldbedarf an den Kapitalmarkt herantreten. Zahlreiche Gemeinden warten nur auf den geeigneten Augenblick, um ihren finanziellen Bedürfnissen durch Aufnahme neuer Anleihen abzuhelfen. Da erscheint es im höchsten Grade fraglich, ob wir schon bald zu den von allen Seiten gewünschten günstigeren Geldverhältnissen gelangen werden, ganz abgesehen von dem großen Fragezeichen, das Amerika mit seinem gründlich verfahrenen Finanzwesen noch immer bildet. Es bleibt eben dabei, daß der Kapitalbedarf infolge des Vorwärtstürens in vielen Zweigen der öffentlichen Verwaltung schneller wächst als die Ansammlung von Kapital, und die natürliche Wirkung ist dann der Druck, den die Geldverknappung auf die gesamte Produktion übt. Soll das gründlich anders werden, so bleibt nichts anderes übrig, als daß die großen Gemeinwesen, Reich, Staaten und Gemeinden, ihren Geldbedarf durch Verlagerung allzu weit-schichtiger Pläne etwas einschränken; die Konkurrenz, die sie auf dem Geldmarkt mit ihren Ansprüchen bereiten, kann der Privatbedarf auf die Dauer nicht aushalten. Darunter aber müßten sie schließlich selbst leiden, denn wenn Industrie und Landwirtschaft durch hohen Zinsfuß lange Zeit hindurch gehemmt sind, so haben auch die politischen Organisationen, denen diese angehören, großen Nachteil davon. Man wird nicht darüber hinwegkommen, man wird künftig etwas weniger leichtfertig zu öffentlichen Anleihen schreiten müssen, wenn das Wirtschaftsleben gründlich gesunden soll.

Einstweilen sucht man sich zu helfen, indem man auf Vermehrung der Umlaufmittel bedacht ist. Das Schiedgesetz, das dem Reichstage jochen zugegangen ist, verspricht dadurch, daß es dem Staat eine rechtliche Grundlage gibt, diesem Erfolg für bares Geld die Wege zu ebnen und wird also unfreilich der Erleichterung des Geldverkehrs dienen. Wenn die Ausgleichung von Guthaben in größerem Umfange als bisher durch Schecks erfolgt, wird bar Geld frei, und das

lann das wirtschaftliche Leben nur befruchten. Aber in allen Fällen hilft das auch nicht, in kritischen Zeiten bringt das Schecksystem sogar Gefahr. Wenn z. B. während eines schweren Krieges das Mißtrauen allgemein wird und Schecks zurückgewiesen werden, kann das auf den Scheckverkehr zugehörige wirtschaftliche Leben recht stark ins Gedränge kommen.

Neuerdings mehren sich die Stimmen, die das Silbergeld in erweitertem Umfange als Zahlungsmittel zugelassen wissen wollen, etwa bis 100 Mk., und die vermehrte Ausprägung von Silbermünzen für den inneren Verkehr befürworten. Namentlich mit Rücksicht auf die Lohnzahlungen wird vermehrte Verwendung von Silber empfohlen. Auch diese Vorschläge sind sehr beachtenswert. Aber die Hauptsache bleibt doch, daß genügend Zeit zur Kapitalansammlung gelassen wird. Die Industrie wird voraussichtlich im laufenden Jahre nicht über große Anforderungen stellen, da der Lauf der Dinge nicht zu großen neuen Unternehmungen lockt. Möchten nun auch die Finanzverwaltungen der Staaten und Gemeinden eine kleine Ruhepause für den Kapitalmarkt eintreten lassen.

### Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Das Fest des Schwarzen Adlerordens fand am Freitag im Berliner Schlosse in feierlicher Weise statt. Der Kaiser schritt, unter dem Ordensmantel die Uniform eines Generalfeldmarschalls mit dem dunkelblauen Bande des Verdienstordens der preussischen Krone, im Zuge seiner Söhne, mehrerer anderer Fürstlichkeiten, hoher Staats- und Hofbeamten und vieler Generale nach dem Ritteraal. Als die Spitze des Zuges hier eintraf, setzten die Bläser auf dem Chor mit schmetternden Fanfaren ein. Der Kaiser nahm auf dem Throne Platz. Prinz Eitel-Friedrich und Herzog Albrecht von Württemberg geleiteten als Paten den Herzog Robert von Württemberg zum Ritterschlag. Die Trompeter im Saal bliesen eine kurze Fanfare, die von den Bläsern auf dem silbernen Chor wiederholt wurde. Der Herzog leistete den Eid, daß er die Ritterpflichten erfüllen wolle, empfing den Ritterschlag und wurde vom Kaiser umarmt. Eine altdeutsche Fanfare erklang. Hierauf wurden Generalinspekteur Hr. v. d. Goltz, Staatssekretär v. Trippl, Finanzminister v. Rheinbaben, General v. Stänitzer und Volkshaupt Hr. v. Marschall als Ritter aufgenommen. Neue Fanfarenklänge, und der Zug begab sich nach dem Kapitelsaal, wo der Kaiser ein geheimes Kapitel abhielt.

Der Reichskanzler Fürst Bülow bleibt im Amte, auch wenn der Bloß zerfällt, so meldet die „Berl. Zig.“ mit dem Hinzufügen, daß eine Konzeptskrise bestanden habe, jedoch überwunden worden sei. Unre Regierung ist keine parlamentarische, sie weicht nicht, wie es z. B. in Frankreich der Fall ist, von ihrem Plaze, wenn ihre Vorlagen vom Parlament abgelehnt werden. Mit seiner Bloßpolitik aber steht er am 5. Dezember v. J. die Kabinettsfrage stellte. Wir glauben nicht, daß er in den wenigen Wochen seine Ansicht geändert haben sollte, und bezweifeln daher auch die Richtigkeit obiger Angabe.

An der Bloßmehrheit des Fürsten von Bülow im deutschen Reichstage rütteln die freisinnigen und demokratischen Landesverbände der süddeutschen Bundesstaaten. Die freisinnige Volkspartei ist dagegen entschlossen, zum mindesten bis zur Erledigung der schwebenden großen Vorlagen über Vörsenreform und Vereinsrecht an dem Bloß festzuhalten; das gleiche darf man nach den bisherigen Verlautbarungen von der Reichstagsfraktion der freisinnigen Vereinigung vor-

aussetzen, wenngleich diese ihre geplante Konferenz zur endgültigen Beschlußfassung noch nicht abgehalten hat.

Unter der Ueberschrift „Bloßorden“ war mitgeteilt worden, daß beim Ordensfest am 18. d. einige Mitglieder der freisinnigen Volkspartei, nämlich die Abgeordneten Fischel, Dr. Mugdan, Gysling und Dr. Wiemer Orden erhalten sollten. Die Liste ist nicht vollständig. Wie die „Voss. Zig.“ hört, werden auch die Abgg. Schröber (frei. Vrg.) und Spahn, der Zeolumsführer, am heutigen Sonnabend „Bloßorden“ erhalten.

Die Gründung einer national-katholischen Vereinigung in Köln darf als eine Frucht der Bloßpolitik des Reichskanzlers Fürsten v. Bülow bezeichnet werden. Zweck der Vereinigung ist, die politischen und wirtschaftlichen Interessen der deutschen Katholiken zu verteidigen, mit Gleichgesinnten anderer Bekenntnisse die vaterländischen Interessen kraftvoll zu fördern und besonders die Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Machtstellung des Reiches zu sichern. Als weitere Programmpunkte gelten Ausgleich der konfessionellen Gegensätze, Bekämpfung der Sozialdemokratie, Fortführung der Sozialpolitik und Verständigung zwischen Arbeitern und Unternehmern.

Den Zweck der von nationalen Männern katholischer Konfession gegründeten „Deutschen Vereinigung“ kennzeichnete der zum Vorsitzenden der Vereinigung gewählte Graf Hoensbroech mit folgenden Worten: „Man sagt von uns, wir wollen Bloßpolitik treiben. Ich akzeptiere dieses Wort in folgendem Sinne: Wir wollen einen Bloß bilden von Männern, denen das Christentum über alles steht, einen Bloß, der unentwegt feststeht in der staatszerstrenden Brandung unrer Zeit, einen Bloß, der erfüllt ist von Treue und Liebe zu König und Vaterland.“ Die „Nordb. Allg. Zig.“ veröffentlicht einen drei enge Spalten füllenden Bericht über die Gründung dieser neuen Vereinigung, so daß man sich fragte, ob diese vielleicht bestimmt ist, einmal den linken Flügel des bestehenden Bloßes zu ersetzen.

Die sozialdemokratische Wahlrechtsinterpellation im Reichstage brachte das Wort des Fürsten Bismarck in die Erinnerung: „Eine Interpellation ist an und für sich da, wo die Privaterkundigung ausreicht, eine Demonstration, die mir einen feindseligen Eindruck macht.“ Auch die sozialdemokratische Interpellation, so sagt die „Krenz-Zig.“, ist nichts anderes als eine feindselige Kundgebung gegen den Reichskanzler und soll der sozialdemokratischen Partei nur Gelegenheit bieten, ihre fallsam bekannte Stellung zur Einführung des Reichstagswahlrechts auch für den preussischen Landtag durch einige möglichst lange Reden von Bebel und Fischer zum Ausdruck zu bringen. Denn die Antwort auf ihre Interpellation hätten sich die Sozialdemokraten ohne besondere geistige Anstrengung selbst geben können. Bebel, der in Amsterdam vor drei Jahren gesagt hatte: „So schlecht, wie Ihr die Monarchie macht, ist sie nicht, und so gut, wie Ihr die bürgerliche Republik macht, ist sie auch nicht,“ weiß am allerwenigsten, daß in andren Staaten, auch in solchen mit republikanischer Regierungsform, die Truppen leichter gegen ausländische Arbeiter einschreiten, als bei uns im Deutschen Reich.

Die Budgetkommission des Reichstags erledigte bei fortgesetzter Beratung des Militäretats die Kapitel Besoldungen, Naturalverpflegung, Bekleidung und Ausrüstung der Truppen zc. in der Fassung der Regierung. Mit den Stimmen der Bloßparteien wurde ein konservativer Antrag angenommen, die pensionsfähige Zulage von 1150 für 235 patentierte Oberstleutnants zu bewilligen, deren Zahl schwankend ist.

Die Pläne über das Branntweinmonopol werden einer erneuten kommissarischen Beratung im Reichstagsparlament